

**Ergebnisprotokoll  
der 21. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und  
Energie vom 11.04.2013**

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 16.20 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Staatsrat Golasowski  
Frau Staatsrätin Friderich

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Hamann  
Herr Jägers  
Frau Metschies  
Herr Gottschalk  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Herr Hipp  
Herr Imhoff  
Herr Meinke in Vertretung für Herrn  
Strohmann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck  
Herr Saffe  
Frau Dr. Schaefer

**Die Linke**

Herr Arndt

**II Verwaltung**

Herr Dr. Sünneemann  
Frau Zimmermann  
Frau Kleemann  
Herr Eickhoff  
Herr Viering  
Herr Glotz-Richter  
Frau Jüngst  
Herr Wehrse  
Frau Christiansen  
Frau Sittauer  
Herr Dr. Lampe  
Herr Imholze  
Herr Just  
Herr Block  
Herr Dr. Probst  
Herr Weiss  
Frau Humrich  
Frau Riesner-Kabus  
Frau Pieper

Der Senator für Umwelt, Bau und  
Verkehr

ASV

**III Gäste**

Herr Oertel  
Herr Janßen

Naturschutzbeirat  
Magistrat Bremerhaven

***IV*** ***Gastdeputierte***

Frau Kennard  
Herr Liess  
Herr Werner  
Herr Saxe

SPD  
SPD  
Bündnis 90 / Die Grünen  
Bündnis 90 / Die Grünen

**Herr Pohlmann** begrüßt die Mitglieder und Gäste der 21. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

|       |                                     |  |
|-------|-------------------------------------|--|
| TOP 1 | <b>Genehmigung der Tagesordnung</b> |  |
|-------|-------------------------------------|--|

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

|       |   |     |
|-------|---|-----|
| TOP 2 | <b>Genehmigung von Protokollen</b><br>(hier: Protokoll 18/20 der Sitzung am 28.02.2013<br>Protokoll der Sondersitzung am 14.03.2013 ) | L/S |
|-------|---|-----|

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.*

|       |   |     |
|-------|---|-----|
| TOP 3 | <b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft</b><br>-02- | L/S |
|-------|---|-----|

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.*

|       |  |                        |
|-------|--|------------------------|
| TOP 4 | <b>Bericht über Umweltmaßnahmen im Hafen - Greenports-<br/>-bremenports-</b> | BdV<br><b>mündlich</b> |
|-------|--|------------------------|

**Herr von Barga**n stellt das Projekt „greenports“ vor. Die Präsentation wird im Anschluss an die Sitzung den Deputierten als Datei zur Verfügung gestellt.

**Herr Gottschalk** fragt nach Zielen, die in einer Agenda verfolgt werden könnten und ob neben Anreizen auch über Sanktionen im Zusammenhang mit ESI (Environmental Ship Index) nachgedacht werde. Außerdem möchte er wissen, wie Lärmemissionen im Hafenbereich bewertet würden.

**Frau Dr. Schierenbeck** fragt, ob es messbare Ziele gebe, beispielsweise eine CO<sub>2</sub>- Kennzahl für einen Hafen und welche Zielvorstellungen bestünden, um den CO<sub>2</sub>- Ausstoß zu senken?

**Herr von Barga**n führt auf die Nachfragen weiter aus, dass der ESI eine Entwicklung der Hafenverwaltungen weltweit sei und die Häfen Amsterdam, Le Havre, Rotterdam und Bremen die Kernentwickler seien. Es bestehe Einverständnis, über eine Bonifizierung Anreize für die Reeder zu bieten, Investitionen zur Emissionsreduzierung, wie eben die Umrüstung auf LNG, zu tätigen.

Die Festlegung von Zielen müsse für den gesamten Hafen erfolgen, also nicht nur für bremenports, sondern auch für alle anderen Nutzer, wie z.B. BLG, Eurogate u.a. Im Rahmen der Rezertifizierung für PERS werde geprüft werden, wie sich die Indikatoren in den letzten

Jahren entwickelt haben und was in den letzten beiden Jahren erreicht wurde. In diesem Zusammenhang wären dann möglicherweise auch Aussagen zu künftigen Zielen möglich. Einiges lasse sich aber nur mit finanzieller Unterstützung durch das Land Bremen erreichen.

Das Thema Bahnlärm spiele sowohl bei der PERS- Zertifizierung, als auch bei der GRI- Zertifizierung eine Rolle. Es bestehe ein Monitoring- System im Bereich des Container- Terminals. Seit Jahren sei trotz Umschlagzuwachsen keine Erhöhung der Lärmwerte zu verzeichnen.

Das Angebot von Landstrom mache nur Sinn, wenn sicher gestellt werden könne, dass dieser Landstrom grüner, regenerativer Strom sei. Andernfalls ergebe sich keine tatsächliche Entlastung bei den Emissionen. Es gebe zudem derzeit kein Finanzmodell, das sich für einen Investor oder den Hafenbetreiber rechne. Den überwiegenden Zeitanteil verbringe ein Schiff nicht im Hafen, sondern auf See, so dass über die Förderung von LNG als Antriebsart eine weitaus deutlichere Verringerung an Emissionen erreicht werden könne.

Ein Indikator für eine CO<sub>2</sub>- Kennzahl im Hafen wäre eine Standard Umschlageinheit. Dies könnte ein Container, aber auch ein PKW sein. Derzeit sei es noch nicht möglich, verlässliche und aussagekräftige Analysen für einen CO<sub>2</sub> -Footprint aufzustellen.

Die Häfen arbeiten auf internationaler Ebene beispielsweise in der European Sea Ports Organisation zusammen, aber auch auf direkter Ebene. Bremenports leiste gerade im Zusammenhang mit dem Projekt greenports auf Anfrage konkreten know-how- Transfer und Unterstützung bei Problemlösungen in internationalen Häfen, z.B. in Vietnam, Indonesien oder Island.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

|       |   |                   |
|-------|---|-------------------|
| TOP 5 | Förderung von Geschwindigkeitsmesstafeln (GMT)<br>-ASV- | Vorlage<br>18/222 |
|-------|---|-------------------|

**Herr Jägers** bittet um Korrektur in der Vorlage: **Auf Seite 2 unter C Umsetzungskonzept muss die Ziffer 6 lauten: Jeder Beiratsbereich erhält aus dem GMT-Pool 1 GMT zur freien Verfügung.**

Dies ist richtig, **die Vorlage wird korrigiert.**

**Herr Hipp** möchte wissen, weshalb keine weiteren Angebote vorliegen würden. Er weist darauf hin, dass durch die Finanzierung der GMT bis 2014 bis 2017 entsprechend weniger Mittel für die Sanierung von Straßen ausgegeben werden können.

**Herr Arndt** kritisiert, dass GMT nach einiger Zeit ihre geschwindigkeitsdämpfende Wirkung verlieren, wenn nicht zusätzlich Mittel für eine Geschwindigkeitsüberwachung durch die Polizei bereit gestellt würden.

**Herr Saxe** betont, dass durch GMT die durchschnittlich gefahrene Geschwindigkeit um bis zu 6 km/h reduziert werde. Dies sei ein bedeutender Baustein für die Verkehrssicherheit. Er regt an, zusätzlich zur angezeigten Geschwindigkeit mittels Piktogramm, z.B. durch ein Smiley, dem Autofahrer zu signalisieren, ob er vorschriftsmäßig fährt.

**Frau Pieper** berichtet, dass im letzten Jahr zwei Firmen um ein Angebot gebeten wurden, daraufhin habe nur eine Firma ein Angebot eingereicht. Da das vorgelegte Angebot der Deputation zu hoch erschienen war, habe diese darum gebeten, bei den Bremischen Gesellschaften (BREPARK und BSAG) anzufragen. Im Ergebnis liege nun das Angebot der BSAG vor. Eine Beauftragung der BSAG wäre ein Inhouse- Geschäft, eine Ausschreibung damit nicht erforderlich. Zudem werde mit der BSAG eine Evaluation vereinbart, mit dem Ziel möglicherweise später die Kosten zu senken.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt die Vorlage zur Kenntnis und stimmt dem vom Amt für Straßen und Verkehr vorgestellten Umsetzungskonzept und dessen Finanzierung zu.

einstimmig

|       |  |                   |
|-------|--|-------------------|
| TOP 6 | <b>Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Rohrniederung“ in der Gemarkung Wulsdorf der Stadtgemeinde Bremerhaven</b><br>-30- | Vorlage<br>18/228 |
|-------|--|-------------------|

**Frau Dr. Schaefer** möchte wissen, wie und wo die Kompensation für die Maßnahme auf dieser Fläche, die ja selbst eine Kompensation darstelle, erfolgen solle.

**Herr Janssen** führt aus, dass eine Fläche von etwa 6,3 ha aus dem bestehenden Landschaftsschutzgebiet heraus genommen werden solle. Auf dieser Fläche befinde sich allerdings ein besonders geschütztes Biotop nach § 30 BNatSchG. Als Ausgleich sei eine ökologische Aufwertung des Fließgewässers Rohr vorgesehen und zusätzlich solle ein 22,2 ha großes Grundstück aus dem Gewerbegebiet herausgenommen und als Erweiterung in das Naturschutzgebiet auf der Luneplate einbezogen werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt von der beabsichtigten Einleitung des Verfahrens zum Erlass einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Rohrniederung“ in der Gemarkung Wulsdorf der Stadtgemeinde Bremerhaven Kenntnis.

|         |   |                    |
|---------|---|--------------------|
| TOP 7   | <b>Berichte der Verwaltung</b>                          |                    |
| TOP 7a) | <b>Kinderbetreuung - Krach gehört dazu</b><br>- FB 01 - | BdV<br>schriftlich |

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung über die aktuell im Land Bremen anhängigen Genehmigungsverfahren bzw. stattfindenden Abstimmungsgespräche vor Antragstellung für Einrichtungen und Anlagen zur Betreuung von Kindern im Kontext des Antrags der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drucksache Bremische Bürgerschaft – Landtag- 18/774 vom 12. Februar 2013) zum Thema „Kinderbetreuung – Krach gehört dazu“ zur Kenntnis.  
Der Bericht wird der Deputation für Soziales, Kinder und Jugend mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

|         |   |                    |
|---------|---|--------------------|
| TOP 7b) | <p><b>Arbeitsprogramm der Kommission 2013/2014 – Darstellung der Initiativen mit Bezug zu den Themenbereichen des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr in Verbindung mit den Vorlagen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Vorschlag für ein allgemeines Umweltaktionsprogramm der EU für die Zeit bis 2020 – Gut leben innerhalb der Belastungsgrenzen unseres Planeten sowie</b></li> <li>• <b>Saubere Energie für den Verkehr: Eine europäische Strategie für alternative Kraftstoffe</b></li> </ul> <p>-02-</p> | BdV<br>schriftlich |
|---------|---|--------------------|

Auf Nachfrage von **Herrn Jägers** führt **Herr Glotz-Richter** aus, dass nach dem Richtlinienvorschlag bis 2020 für jedes Elektrofahrzeug zwei Ladestationen zur Verfügung stehen sollen. 10% davon sollten öffentlich zugänglich sein. Die Bundesregierung habe 750.000 Elektrofahrzeuge als Zielzahl gemeldet. Dies entspreche ca. 7.500 Elektroautos in Bremen. Von den ca. 15.000 Ladestationen können 90% auf privaten Grundstücken und Betriebsgeländen als entsprechend abgesicherte Steckdosen oder Wall-Boxes eingerichtet sein. 10% sollen jedoch öffentlich zugänglich sein und zudem auch intelligente Abrechnungsverfahren ermöglichen. Bisher wird an den bestehenden Ladesäulen diese nicht angeboten, weil die Abrechnungsverfahren im Vergleich zum Umsatz an Strom für die Anbieter viel zu teuer seien. Das Aufladen einer Batterie mit 12 oder 14 kWh benötige Strom für etwa 2,50 bis 3 €, die Transaktionskosten könnten aber bei 12 bis 15 € liegen. Derzeit gebe es kein Geschäftsmodell, nach dem sich solche Säulen für den Betreiber ohne Zuschüsse amortisieren würden. Die Stadt habe jedoch hier keinen Versorgungsauftrag.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

|         |   |                    |     |
|---------|---|--------------------|-----|
| TOP 7c) | <p><b>Übersicht über die kurz-, mittel- und langfristigen Lärmschutzmaßnahmen</b></p> <p>-22- / 5</p> | BdV<br>schriftlich | L/S |
|---------|---|--------------------|-----|

**Frau Dr. Schaefer** schlägt vor, die von der der Bahnlärminitiative vorgelegten Fragen zeitnah schriftlich vom Ressort zu beantworten. Anschließend sollte ein Treffen der Bahnlärminitiative mit dem Ressort stattfinden.

**Herr Pohlmann** ergänzt dass diese Antworten der Deputation vorgelegt werden sollen.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

|         |   |                    |     |
|---------|---|--------------------|-----|
| TOP 7d) | <p><b>Sachstandsbericht zu Kompensationsflächen in Bremen</b></p> <p>-31-</p> | BdV<br>schriftlich | L/S |
|---------|---|--------------------|-----|

**Frau Dr. Schaefer** regt an, Friedhofsflächen, die nicht für Bestattungen benötigt werden oder brachliegende Kleingartengebiete für Kompensationsmaßnahmen im Land Bremen zu nutzen, wenn möglich sollten Ausgleichsmaßnahmen im betroffenen Stadtteil erfolgen.

**Herr Gottschalk** ergänzt, dass ein Gesamtkonzept erforderlich sei.

**Herr Imhoff** möchte wissen, wie sich die geplante Bundeskompensationsverordnung auf die Bremische Handlungsanleitung für Ausgleichsmaßnahmen auswirken könnte.

**Frau Riesner-Kabus** weist auf die im Bericht dargestellten Rahmenbedingungen hin, die bei Kompensationsmaßnahmen berücksichtigt werden müssen. Neben dem Naturraumbezug sei der Funktionsbezug zum Eingriff ebenfalls zu berücksichtigen. Auch die Belange der Landwirtschaft werden mit einbezogen. Diese Rahmenbedingungen seien in Genehmigungsverfahren zu prüfen und im Ergebnis Kompensationsflächen festzulegen. Ziel sei es, dass Kompensationsmaßnahmen in Bremen erfolgen, dies gelinge aber nicht immer. Es seien noch zwei große Flächen als Erweiterungsflächen für den Bremer Industriepark und die Erweiterungsflächen in Hemelingen im FNP ausgewiesen, die in unbestimmter Zukunft erschlossen werden sollen. Für diese Flächen gebe es bislang kein Kompensationskonzept. Die derzeit im Gespräch befindlichen Reduzierungsflächen auf Friedhöfen seien insgesamt zu klein. Hinzu komme, dass es sich bei den Friedhofsflächen um Grünflächen in der Stadt handle für die seitens der Bürgerinnen und Bürger auch die Anspruchshaltung bestehe, dass diese auch gepflegt sein sollten. Dies stehe im Widerspruch zu den Kompensationszielen und den Aufwertungspotenzialen.

Ein Gesamtkonzept werde geprüft.

Auf Bundesebene befinde sich eine Bundeskompensationsverordnung im Entwurfstadium.

Bremen werde, wie alle anderen Bundesländer, im Verfahren beteiligt und dazu Stellung nehmen. Die Handlungsanleitung sei eine bremische Konvention, kein Gesetz. Sie beziehe sich auf das damalige Bremische Naturschutzgesetz und werde seit 2010 auf den Vollzug des Bundesnaturschutzgesetzes angewendet. Es sei anzunehmen, dass eine Kompensationsverordnung auf Bundesebene Teile der Handlungsanleitung ersetzen werde. Im Moment seien jedoch noch keine konkreten Aussagen möglich.

Zum Stadtteilbezug erläutert sie anhand einer grafischen Darstellung, wie sich die Kompensationsflächen bezogen auf die Stadtteile in Bremen verteilen. In Stadtteilen, in denen große Gewerbegebietsflächen erschlossen worden seien, wie in Strom, Huchting, Burglesum mit Werderland und Hemelingen, seien auch sehr hohe Anteile des Stadtteils mit Kompensationsflächen belegt worden. Bisher sei es also überwiegend gelungen, die Kompensation dort anzuordnen, wo auch der Eingriff erfolgt sei.

Die vorgesehene Präsentation wird den Deputierten als Datei zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

|                |   |                    |
|----------------|---|--------------------|
| <b>TOP 7e)</b> | <b>Abwasserabgabe (AbwAG) und Wasserentnahmegebühr (BremWEGG)</b><br><b>Bericht über die Mittelverwendung 2012</b><br>-3-1- | BdV<br>schriftlich |
|----------------|---|--------------------|

**Herr Imhoff** regt an, Mittel aus der Wasserentnahmegebühr für die Grundwassersanierung in Farge zu verwenden.

**Frau Staatsrätin Friderich** erklärt dazu, dass für die Grundwassersanierung in Farge der Bund als Verursacher in der Zahlungspflicht sei und dieser Verpflichtung auch nachkomme.

**Frau Dr. Schierenbeck** ergänzt, dass im Fall der Grundwassersanierung in Frage auch mit einem höheren Mitteleinsatz keine bessere Sanierung möglich sei. Es werde bereits getan, was möglich sei.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Umwelt und Energie nimmt den Bericht zur Verwendung der Abwasserabgabe und der Wasserentnahmegebühr im Jahr 2012 zur Kenntnis.

|         |  |                    |
|---------|--|--------------------|
| TOP 7f) | <b>Sachstand zum Förderprogramm Angewandte Umweltforschung (AUF)</b><br>-20- | BdV<br>schriftlich |
|---------|--|--------------------|

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

|         |   |                    |
|---------|---|--------------------|
| TOP 7g) | <b>Schiennenpersonennahverkehr im Land Bremen</b><br>Bericht 2013<br>-52- | BdV<br>schriftlich |
|---------|---|--------------------|

**Herr Jägers** möchte wissen, welche Konsequenzen die Überschreitung der vertraglich vereinbarten 95% Marke habe. Es gebe immer wieder Beschwerden über die Unpünktlichkeit auf dieser Strecke. Weiter fragt er, weshalb es bisher noch keine einheitlichen Fahrkartenautomaten an den Bahnsteigen gebe und wie die Planung zum Umbau des Bahnhofs Wulsdorf sei.

**Herr Arndt** beschwert sich darüber, dass es am Bahnhof Sebaldsbrück keinen Fahrscheinautomaten der Nordwestbahn gebe und auch keine Automaten in den Zügen vorgesehen seien. Außerdem werden die Bahnhöfe Hemelingen und Sebaldsbrück neuerdings seltener bedient.

**Herr Hipp** wünscht sich einen 15 Minuten-Takt auf der Strecke nach Verden. Insbesondere nach dem Ausbau des Mahndorfer Bahnhofes sei dies sinnvoll.

**Herr Weiss** führt aus, dass die Pünktlichkeit der Züge ein wichtiges Kriterium des Qualitätsbewertungssystems der Verkehrsverträge sei. Sobald diese unter 95% sinke, gebe es Abzüge. Zwar erreiche die Nordwestbahn auf der Strecke Bremen- Bremerhaven diesen Wert nicht, liege aber insgesamt auf allen bedienten Strecken knapp über 95%.

Für den Bahnhof Wulsdorf liege seit zwei Jahren die Vorentwurfsplanung vor. Der Magistrat der Stadt Bremerhaven plane jedoch, das Umfeld des Bahnhofs in die Planung mit einzubeziehen.

Ein einheitlicher Typ eines Fahrkartenautomaten könne perspektivisch erst nach der nächsten Ausschreibung erwartet werden. Am Bahnhof Sebaldsbrück stehe ein Automat der DB. Dieser sei nicht BOB-tauglich. Angestrebt werde, dass bis Jahresende die Automaten der DB BOB-tauglich ausgestattet werden. Im VBN sei generell vorgesehen, dass Fahrkarten bequem vor Fahrtantritt erworben und entwertet werden können. Daher seien auch zukünftig keine Automaten in den Fahrzeugen vorgesehen.

Auf der Strecke Zeven- Bremen Hauptbahnhof habe sich seit Bestellung durch das Land Bremen die Zugleistung um 60% erhöht. Konzept sei der ganztägige 30 min- Takt, ein 15 min-Takt sei allein schon aufgrund des Güterverkehrs nicht zu realisieren.

In Hemelingen werde in der Tat die Anzahl der RE- Halte auf die beiden nachgefragten Züge reduziert. Die entfallenden Halte hatten einstellige Nachfragezahlen. Der Halt in Sebaldsbrück werde ersetzt durch den Halt in Mahndorf. In Sebaldsbrück seien es bisher etwa sechs Züge, in Mahndorf würden 20 Zugpaare täglich halten, was das Angebot deutlich erhöhe.



Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

|         |  |                    |
|---------|--|--------------------|
| TOP 7h) | <b>Landesprogramm Städtebauförderung 2013</b><br>-7- | BdV<br>schriftlich |
|---------|--|--------------------|

**Frau Jüngst** erklärt zur Vorlage, dass das Landesprogramm Städtebauförderung wie in den Jahren 2011 und 2012 auch in diesem Jahr mit einem Ansatz von 455 Mio € ausgestattet sei. Dies sei deutlich weniger, als der in einem vom Bund beauftragten Gutachten ermittelte Bedarf von ca. 700 Mio € an Fördermitteln in den Ländern.

Das Programm „Soziale Stadt“ werde wie in 2012 wieder mit 40 Mio € ausgestattet, was jedoch weiterhin dem Bedarf nicht gerecht werde. Zudem sei ausdrücklich ausgeschlossen, hier Mittel aus anderen Programmen umzuschichten. Dies treffe Bremen als Land und Stadtgemeinde besonders. Im Gegensatz dazu sei das Programm „Kleine Städte und Gemeinden“ mit 55 Mio € deutlich erhöht worden. Das Programm „Stadtumbau West“, das gerade für Bremerhaven Bedeutung habe, sei nach Kürzungen in 2011 und 2012 wieder erhöht worden, hier bleibe es bei der hälftigen Mittelaufteilung von 50 und 50 % zwischen Bremen und Bremerhaven. Bei allen anderen Programmen werden die Mittel nach den Einwohnerzahlen aufgeteilt. Das Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ habe mit 97 Mio € die höchste Mittelausstattung aller Programme, ein deutlicher Hinweis auf die Schwerpunktsetzung der Bundesregierung. Erstmalig würden die nicht verwendeten Mittel am Jahresende verfallen.

Auf **Nachfrage von Herrn Arndt** berichtet sie, dass Umschichtungen innerhalb der Programme und auch zwischen den Programmen mit Ausnahme des Programms „Stadtumbau West“ nach den Regelungen der VV 2013 möglich seien.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

|       |                      |  |
|-------|----------------------|--|
| TOP 8 | <b>Verschiedenes</b> |  |
|-------|----------------------|--|

**Keine Fragen und Berichtswünsche**

**Herr Pohlmann** schließt die 21. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll